

PRESSEERKLÄRUNG des Vorstands -- 25.08.2014

USA soll mit kaltem Krieg gegen Cuba aufhören

Vor einem Jahr, am 26.8.2013, wurde der US-Botschafter John B. Emerson mitten in der internationalen Überwachungs- und Spionage-Affäre („NSA“) akkreditiert – die verdeckten Operationen gegen das sozialistische Cuba mit dem Ziel, einen Systemwechsel zu erreichen, gehen weiter.

In einem Brief an den US-Botschafter kritisiert der Vorstand des NETZWERK CUBA, eine Vereinigung von über 40 Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, die kriminellen und rechtswidrigen Aktivitäten der US-Regierung gegen Cuba.

So wurde kürzlich bekannt, dass die Regierung von US-Präsident Obama mit Hilfe der staatlichen Hilfsorganisation

USAID junge Menschen in Venezuela, Costa Rica und Perú rekrutiert und mit Soldzahlungen versehen nach Cuba geschickt hat. Dort sollten sie Kontakt zu möglichst vielen Jugendlichen aufnehmen, um

sie schrittweise zu regierungsfeindlichen Aktivitäten anzustiften. In einem Fall hatten sie zur Tarnung einen

Arbeitskreis zur HIV-Prävention gegründet.

Erst vor wenigen Monaten war das Aufwiegelungsprojekt „Cubanisches Twitter“ aufgedeckt worden, mit dem die Jugend in Cuba in sozialen Netzwerken agitiert werden sollte.

Auch der USAID-Auftragnehmer Alan Gross war mehrere Male im Rahmen verdeckter US-Mission nach Cuba gereist, um dort geheime Internetkapazitäten für Regierungsgegner aufzubauen, die in der Regel nur von Geheimdiensten verwendet werden.

Die Kalte-Kriegs-Politik der USA gegen Cuba geht auch ökonomisch weiter: US-Behörden verhängen immer häufiger und immer höhere Geldstrafen gegen europäische Banken und Unternehmen wegen Geschäftsbeziehungen mit „Schurkenstaaten“ wie Cuba. Die Höchstsumme zahlte kürzlich die französische

Bank BNP Paribas: knapp 10 Mrd. US\$. Sogar Überweisungen innerhalb Europas, die „Cuba“ im Betreff oder im Namen haben, werden nicht ausgeführt, sobald amerikanische Banken beteiligt sind: nationale Gesetze souveräner Staaten werden der US-Politik untergeordnet.

Ein anhaltender Skandal ist der Fall der „Cuban Five“, von denen 3 immer noch in US-Gefängnissen sitzen,

nachdem sie Terroranschläge aus den USA gegen Cuba verhindern wollten. Ihre Unterlagen wurden von Cuba daher an die zuständigen US-Behörden übergeben, doch nicht die Terroristen in Florida, sondern die cubanischen Aufklärer wurden verfolgt und in einem unfairen Prozess zu langjähriger Haft verurteilt.

In dem Brief bittet der Vorstand des NETZWERK CUBA den Botschafter S.E. John B. Emerson dazu beizutragen, dass die von seiner Regierung verfolgte Politik der „Arrogance of Power“ und des „Regime Change“ gegen Cuba beendet wird. Konkret fordert das Netzwerk von der US-Regierung die:

- umgehende Freilassung der verbliebenen 3 Inhaftierten der Cuban Five und ihre Rückkehr nach Cuba
- sofortige Beendigung der zahlreichen subversiven und ökonomischen Aktivitäten gegen Cuba und die Herausnahme Cubas aus der Liste der „Terrorstaaten“
- Beendigung der mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden Blockade gegen Cuba und den Aufbau von Beziehungen zu Cuba auf Augenhöhe
- Rückgabe der Hafengebiet Guantánamo in Cuba, die von den USA immer noch als Gefangenen- und Folterlager genutzt wird

Für Rückfragen: